

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 9

Artikel: Notizen : Furcht vor Mihajlovs Gedanken
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077067>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Unser Mann im Gefängnis»

(Fortsetzung von Seite 1)

reichen Brutstätten des Antikommunismus, die von der internationalen Finanz reich dotiert sind.»

Ferner:

«Der eine (Djilas) arbeitete mit den amerikanischen Diensten, der andere (Mihajlov) mit der reaktionären Schweiz.»

Und weiter:

«Ich bin nicht erstaunt, den amerikanischen Nachrichtendienst CIA hinter Djilas und das Ost-Institut hinter Mihajlov zu finden.»

Diese Aussagen haben mit den übrigen Erklärungen des betreffenden Artikels (den wir seinerzeit samt der Antwort Mihajlovs im Wortlaut abgedruckt hatten) im Prozess ihre Rolle gespielt, nahm doch die Anklage in zustimmendem Sinne darauf Bezug. Das ist übrigens kein Wunder, ist doch der betreffende Beitrag aus «Le Peuple — La Sentinelle» durchwegs von jenen gleichen gouvernementalen Kreisen inspiriert worden, die Mihajlov angeklagt haben. Man kann sich z.B. fragen, ob Jules Humbert-Droz überhaupt je eine Arbeit Mihajlovs selbst gelesen hat. So oder so hat das offizielle Jugoslawien zur Bestätigung seiner Thesen jene Argumente aus der Schweiz zurückgeholt, die es selber dorthin gebracht hatte. Im zweiten Mihajlov-Prozess vom letzten Jahr hatte der Staatsanwalt das SOI überdies als «Spionagezentrum» bezeichnet. Und schliesslich ist im jüngsten Verfahren die Frage erörtert worden, ob das SOI von der CIA finanziert werde. Das wäre etwa das Paket der Anschuldigungen gegenüber dem SOI vor dem Bezirksgericht Bel-

grad. «Ist Ihnen bekannt, wer das Schweizerische Ost-Institut finanziert?» Klassisch rhetorisch. Da die Antwort «das internationale Judentum» 22 Jahre nach Göbbels nicht mehr zeitgemäss wäre, dürfte die implizierte Auskunft wohl lauten: «die CIA» oder doch mindestens «amerikanische Kreise». Wie gehabt.

Und das ausgerechnet aus Jugoslawien! Da erlauben wir uns doch folgende Feststellung:

Entgegen den Vermutungen des Belgrader Staatsanwaltes bezieht das SOI kein Geld aus den USA, ganz im Gegensatz zu Jugoslawien.

Und wir fügen zuhanden anderer Interessenten bei:

Das SOI hat weder von der CIA, noch vom amerikanischen Staat, noch von irgendeiner Institution oder Privatperson der USA je einen Dollar erhalten — ganz im Unterschied zu etlichen Institutionen, die im jugoslawisch genehmen Sinn als sehr progressiv gelten.

Uebrigens, und obwohl das nicht unsere Sorge ist: Wenn man schon modischerweise hinter jedem amerikanischen Geldgeber die CIA vermutet, wer steckt dann hinter der Milliarde Dollar, die Jugoslawien aus den USA bezogen hat? Schön, wir wollen nicht auf falsche Verdächtigungen mit Gegenverdächtigungen antworten, aber es scheint uns doch, dass man in Jugoslawien wirklich zu sehr im Glashauss sitzt, um mit Steinen zu werfen.

Zu der Meinung, dass das SOI die «reaktionäre Schweiz» vertrete, wollen wir uns nicht weiter äussern. Das ist keine Verleumdung mit sachlichem Bezug, sondern nur eine Etikette. Nur eine Beschimpfung. Und schimpfen darf man schliesslich — in der Schweiz. Christian Brügger

Notizen

Furcht vor Mihajlovs Gedanken

Die harte Bestrafung des jugoslawischen Schriftstellers hat nach Ansicht der «New York Times» dem Ansehen des Landes schwer geschadet:

«Die feindselige Propaganda, die der jugoslawische Schriftsteller Mihajlov angeblich verbreitet haben soll, könnte dem Ansehen des Landes niemals so sehr geschadet haben wie seine Verurteilung und Bestrafung mit viereinhalb Jahren Gefängnis. Dieses unentschuldig harte Urteil, das darauf schliesst, dass Belgrad die Gedanken Mihajlovs fürchtet, kann sein politisches Ansehen im In- und Ausland nur vermehren... Tito und seine Kollegen scheinen nicht recht zu wissen, wie sie die zunehmend turbulenten Wogen der innerjugoslawischen Gefühle meistern sollen. Sie haben den Unzufriedenen viele Konzessionen gemacht. Aber der Prozess an sich und die verhängte drastische Strafe machen den positiven Eindruck zunichte, den so viele andere Seiten des gegenwärtigen jugoslawischen Lebens hinterlassen.»

Warnung vor Touristen

Während man alles daransetzt, den Tourismus zu fördern, lassen bulgarische Zeitungen es sich dennoch angelegen sein, die Bevölkerung und insbesondere Militärpersonen davor zu warnen, «ausländischen Spionen, die sich im Touristenstrom leicht einschleusen könnten», unbewusst Hilfe zu leisten. So weist Oberstleutnant S. Markoff in einer Propagandaschrift der Armee, «Wojenen Agitator» (Militäragitator), auf das «skrupellose Verhalten der imperialistischen Staaten in dem subversiven Krieg gegen die sozialistischen Länder» hin. Besonders anfällig für die Machenschaften des kapitalistischen Geheimdienstes seien junge, geschwätzte Militärpersonen, die sich allzu leicht von den ausgefallenen Tricks der Agenten täuschen liessen und unbewusst militärische Geheimnisse preisgäben.

Biblische Geschichten in der UdSSR

Zum erstenmal seit der Oktoberrevolution sollen in der Sowjetunion jetzt wieder biblische Geschichten in der Bearbeitung für die Jugend erscheinen. Der Moskauer Verlag «Kinder-Literatur» bereitet einen Band «poetischer Legenden» nach Motiven aus dem Alten Testament vor. Er soll über die Sintflut, den Esel Bileams, David und Goliath und anderes erzählen. Das Buch, unter dem Titel «Der Turmbau zu Babel», wird von einer Gruppe junger Autoren unter Anleitung von Kornei Tschukowski zusammengestellt. In der «Literaturnaja Gaset» erklärte er, dass die «sowjetischen Jugendlichen und Kinder in Büchern oder Gemäldegalerien ständig biblische Bilder antrafen. Unabhängig von ihrer religiösen Substanz müssten die Leser dieser Motive wegen ihres künstlerischen Wertes kennenlernen.

Hotels mit westlichem Kapital für Bulgarien

Westdeutsche und amerikanische Firmen und Konzerne sind gegenwärtig in Verhandlungen

Der Prozess im Detail

(Fortsetzung von Seite 3)

delt, sie verfassungswidrig anzuwenden. Sie unterstreicht, dass sowohl die Presse als auch andere Informationsmittel weder zur Zerstörung der sozialistischen und demokratischen Ordnung in der Verfassung verankert ist, noch zum Schüren des religiösen Hasses und der Intoleranz unter den jugoslawischen Völkern missbraucht werden dürfen. Mihajlov hat dies aber getan.» So lautete das letzte Wort des Richters in der Begründung des Urteils. («Politika», Belgrad, 20. April 1967, S. 9.)

Die Verteidigung Mihajlovs teilte anschliessend mit, dass sie innerhalb der gesetzlichen Frist Einberufung einlegen werde.

*

Mit diesem harten Urteil ist Mihajlov zum drittenmal innerhalb der letzten drei Jahre für seine mutige Opposition gegenüber einer Diktatur bestraft worden. Seinen intellektuellen Kampf hat er im Rahmen der jugoslawischen Staatsverfassung und der Gesetze geführt. Er, der sehr streng die Gesetze und Verfassungsrechte in Jugoslawien achtete, hat durch sein Auftreten und seine Aktion zur Gründung einer unabhängigen Zeitschrift (was ihm übrigens die Gesetze und Verfassung Jugoslawiens gestatten) das Tito-Regime auf die Probe gestellt. Ihm ging es darum, herauszufinden, ob die in der jugoslawischen Verfassung garantierten Bürgerrechte ernst zu nehmen sind oder tote Buchstaben auf dem Papier bleiben. In der Gründung einer Zeitschrift sah er die Hauptaufgabe, die geistigen und ideellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der politischen Demokratie in der jugoslawischen Gesellschaft zu schaffen, von der die jugoslawische Verfassung so viel spricht.

Das Wesentliche dabei erblickte er darin, die Menschen in Jugoslawien begreifen zu lassen, dass die gleichzeitige Existenz verschiedener Auffassungen möglich ist. Der Verlust der inneren geistigen Demokratie in Jugoslawien ist nach ihm eine entsetzliche Folge der totalitären Zeit der Geschichte. Nur die geistige Demokratie lässt das Vorhandensein verschiedener Auffassungen und Ideen und Standpunkte. Die geplante Zeitschrift hätte hier, wo keine geistige Demokratie vorhanden ist, helfen sollen, einen Wandel zu schaffen.

Die Verwirklichung dieses Zieles ist ihm und seinen Freunden für unbestimmte Zeit versagt worden. Ihn persönlich hat das harte Urteil für mehr als acht Jahre mundtot gemacht. Ob die Gedanken, die er formuliert hatte, mundtot sind, bleibt offen. Eines ist sicher: Wäre er ohne politischen Einfluss und Bedeutung, hätte man ihn nicht so hart bestraft. Auch die sogenannte liberalste kommunistische Diktatur, diejenige Jugoslawiens, fürchtet sich vor freien und demokratischen Gedanken und ist nicht bereit, das erzwungene geistige Monopol und die Bevormundung der Bürger aufzugeben.

Predislav Kuburovic

Ostdeutsche Kabarett:

Zu stramm

Bis vor kurzem hatte man offiziellerseits den Kabaretten in Ostdeutschland immer wieder vorgeworfen, sie seien zu unpolitisch. Darunter verstand man freilich nicht eine ungenügende satirische Einstellung gegenüber der Inlandspolitik, sondern eine ungenügende Brandmarkung des westdeutschen Militarismus und Revanchismus. Inzwischen ist dieses Plansoll reichlich erfüllt, aber Kabarettkreise meinen nun, die allzu schematische Feinddarstellung treffe das Ziel nicht. Man müsse den westdeutschen Ausbeutern mit einer differenzierteren Darstellung zu Leibe rücken.

Ob die Sprecher dieser Kunstgattung wirklich die Bonner Politiker wirksamer bekämpfen wollen oder mit dieser parteigerechten Begründung auf dialektisch richtige Art die Bewegungsfreiheit des Kabarets zu vergrössern suchen, bleibe dahingestellt. Die Kontroverse ist so oder so interessant. Bisher hatte man diese Bühnen beschuldigt, sich zu wenig an das Parteischema zu halten, jetzt kontern die Künstler mit dem Argument, dass die stramme Einhaltung des Schemas den Interessen der Partei abträglich sei. Das Seilziehen um die ostdeutsche Kleinkunsthöhle setzt sich anscheinend auf einer neuen Ebene fort.

«Die Hauptursache für die zurzeit völlig unbefriedigende und falsche Reaktion mancher Kabarette liegt in der Unkenntnis von Entwicklungsproblemen in Westdeutschland», erklärte jetzt Manfred Berger, Leiter des Ostberliner Kabarets «Rote Funken». Bisher hat man es auf diesem Gebiet nicht verstanden, sich mit der «veränderten Situation in Westdeutschland» auseinanderzusetzen. Noch immer verharre das Kabarett in übernommenen Klischee-Vorstellungen, die heute nicht mehr ankommen: «Als Kabarettisten erkennen wir zuwenig, welche Veränderun-

gen sich in Westdeutschland vollziehen.» So gebe es noch immer Szenen, in denen der einzelne Kapitalist recht primitiv mit simplen Attributen (Zylinder, Zigarre, verkniffenes Gesicht) dargestellt werde. Derart primitive Abbilder von der Vorstellungswelt eines Kapitalisten könne man nicht damit entschuldigen, dass die Satire die Wirklichkeit überhöhen müsse. Absolute Klarheit über das veränderte und gefährliche Wesen des modernen Kapitalismus sei hier notwendig.

Das schwierigste Problem für die Kabarettisten sei aber die «wirkungsvolle satirische Entlarvung von Militarismus, Antikommunismus und Revanchismus in ihren direkten Erscheinungsformen». Trotz vielen Diskussionen und Beratungen sei eine simplifizierende Darstellung des westdeutschen Militarismus noch immer nicht überwunden: «Der überkarierte, Monokel tragende, schnarrende preussische Offizierstrottel geistert immer wieder über unsere Bühnen. Es ist bedauerlich, dass dies durch staatliche und gesellschaftliche Institutionen und ihre Publikationsorgane mit Textveröffentlichungen noch unterstützt wird», sagte Berger. Das tatsächliche Wesen des Militarismus werde damit nicht sichtbar gemacht, ja schiefe dargestellt: «Warum, so fragt man sich, haben die fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands diese Kräfte der Finsternis noch nicht besiegen können, wenn sie aus solchen Schwachköpfen und Trotteln bestehen?»

Nach Ansicht von Berger hätten einige Kabarets aus der Erkenntnis der Schwierigkeiten, den Militaristen oder den Revanchisten als Prototyp zeigen zu müssen, den falschen Schluss gezogen, dass es heute überhaupt nicht mehr möglich sei, mit kabarettistischen Mitteln den westdeutschen Militarismus darzustellen. Tatsächlich habe sich gezeigt, dass auch während der Oder-Festspiele 1966 einige Kabarets dieses Thema in ihren Programmen nicht mehr berührten, also den Schwierigkeiten auswichen. Berger forderte aus diesem Grunde eine verstärkte politisch-ideologische Ausrichtung der kabarettistischen Arbeit auf der Basis der neuen Erkenntnisse. Das Kabarett hat nach seiner Auffassung die Aufgabe, die «westdeutsche Wirklichkeit dem Zuschauer künstlerisch so durchschaubar zu machen, dass er über das künstlerische Abbild Impulse für sein Empfinden und Denken und seinen Kampf gegen die Feinde des Friedens — natürlich auf unterhaltende und vergnügliche Art — empfangen kann».

CSSR: Zuwenig Kinder

Nach Feststellungen des Prager Staatlichen Statistischen Amtes verläuft die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung in der Tschechoslowakei ungünstig.

Im abgelaufenen Jahr sank die Zuwachsrate auf die niedrigste Ziffer seit Kriegsende. Eine Analyse des Geburtenrückganges in den Jahren 1950—1966 hat u. a. gezeigt, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie nur 2,1 beträgt und somit unter den Stand gesunken ist, den eine normale Auffrischung verlangt, da die Grenze laut tschechoslowakischer Darstellung bei 2,5 Kindern pro Familie liegt. Im Jahre 1966 betrug die reine Geburtenrate lediglich 1,04 (in

Wir machen

unsere geschätzten Abonnenten und Leser darauf aufmerksam, dass

zum reduzierten Preis von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die vier Nummern der Zeitung aufnimmt und besonders zum Auflegen in Wartezimmern, Empfangshallen usw. geeignet ist. Wir haben damit einem vielfach geäusserten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen.

Bestellungen sind bitte direkt an die Administration «Der Klare Blick» zu senden.

«Der Klare Blick», Verwaltung

Böhmen und Mähren wurde mit 0,95 der Geburtenzahlen nicht einmal der normale Abgang an Sterbefällen kompensiert, und auch in der Slowakei war die Geburtenrate mit 1,25 die niedrigste seit 1945). Die Bratislaver Zeitung «Pravda» stellt dazu fest: «Einen weit höheren Geburtenzuwachs haben heute Frankreich, Schweden, Westdeutschland und England zu verzeichnen — alles Länder, die in den fünfziger Jahren weitaus grössere Nachwuchssorgen hatten als die CSSR.»

Diesen ungünstigen Zustand führen tschechoslowakische Experten auf mehrere Gründe zurück. Zwar würde die Zahl der eingegangenen Ehen an und für sich für einen normalen Geburtenzuwachs günstige Voraussetzungen bieten. Nachteilig wirkt sich jedoch aus, dass in der CSSR im Durchschnitt jede fünfte Ehe mit einer Scheidung endet, wobei annähernd die Hälfte der Partner im günstigsten Alter für eine Elternschaft stehen. Auf die Kinderfreudigkeit der jungen Leute wirkt sich ferner die Tatsache negativ aus, dass die Ehen nur mit geringen oder gar keinen Ersparnissen eingegangen werden. Dies gilt, so vermerkt «Pravda» ausdrücklich, trotz dem guten Einkommen von 1000 Kronen (600 Schweizer Franken zum offiziellen Kurs, 260 Schweizer Franken zum Touristenkurs) pro Person. Als weiteres Hemmnis wird der Wohnungsmangel angeführt. Nur ein Siebtel der jungen Ehepartner verfügt über eine eigene Wohnung, ein weiterer Siebtel wohnt getrennt, und die übrigen leben in den ohnehin meist überbelegten Wohnungen der Eltern. Vor dem Bezug von Genossenschaftswohnungen stehen Wartefristen, die mehrere Jahre umfassen können. Schliesslich wird noch die hohe Zahl von Abtreibungen als Hindernis für eine befriedigende Geburtenentwicklung genannt.

Um hier Remedur zu schaffen, führt die tschechoslowakische Presse einige Voraussetzungen an, die aufschlussreich sind. Vor allem gehe es darum, den jungen Ehepartnern spätestens zwei Jahre nach der Heirat eine Wohnung zu verschaffen, zu einem Zeitpunkt also, in dem sie entweder bereits das erste Kind haben oder es erwarten, wobei diese Wohnung gross genug sein müsste, um auch drei Kinder aufziehen zu können.

mit Bulgarien, um die Finanzierung von Hotelbauten zu erörtern. Die staatliche Fremdenverkehrsorganisation «Balkantourist» will mit der Hilfe von ausländischen Interessenten am Schwarzen Meer neue Urlauberstädte schaffen. Die Hotels werden in Besitz des bulgarischen Staates übergehen, wenn der Kredit vollkommen zurückgezahlt wird. Die amerikanischen Konzerne wollen die Hotels nach eigenen Plänen bauen lassen, und auch die Führung des Betriebes soll in amerikanischen Händen bleiben.

Wander-Spionageausstellung in Ungarn

In Ungarn wird in allen grösseren Städten des Landes eine Spionageausstellung gezeigt, wo die Methoden und Mittel der modernen westlichen Spionage zur Schau gestellt werden. Auch die Ausrüstungen angeblicher «Schweizer Spione» werden hier ausgestellt. Das wichtigste Beweisstück ist ein gewöhnliches Teleobjektiv, das laut Text für das Photographieren von militärischen Objekten benützt wurde.